

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Sächsl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibweise: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 20 Goldpf., die 90 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für anständige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Goldpf.

Nr. 250

Dresden, Freitag den 24. Oktober 1924

35. Jahrg.

Hergts Opferung

SPD. Von der Deutschnationalen Partei wird mitgeteilt: Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Donnerstag eine Sitzung im Reichstag ab, in der er erster Stelle die Frage des Wahlkampfes erörterte und über die bisherige Vorgangsweise, Staatssekretär Dergl. entsprechend seiner bekannten öffentlichen Äußerung mitteilte, daß er den Parteivorstand niederlegte, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung ihr Ende gefunden hätten. Der Parteivorstand nahm mit demselben Beschlusse den Entschluß des hiesigen Parteivorstandes zur Kenntnis, sprach ihm den herzlichsten Dank für seine erfolgreiche und selbstlose Leitung der Partei aus und riefte an ihn die einstimmige Bitte, als Mitglied der Parteileitung weiterhin der Partei seine Kraft zur Verfügung zu stellen, die unter ihm zur härtesten Partei Deutschlands geworden sei. Mit der Parteiführung wurde die zur sachgemäßen Neuwahl der Parteistandarten Ende dieses Jahres der Vorsitzende der Parteistandarten, Dr. Winkler, betraut. Gleichzeitig wurde der Vizepräsident, Dr. Winkler, einhellig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Am Laufe der nächsten Woche werden die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Sitzung zusammengetreten.

Diese vorläufige Lösung der Führerfrage in der Deutschnationalen Partei dürfte den böhmischen Flügel kaum berechtigen. Der neue Vorsitzende der Partei ist ebenfalls Vertreter der bisherigen Richtung Dergl. und innerhalb seiner Partei Gegner der Richtung Schlange-Schönberg. Der Sinn der ganzen Führerfrage war aber, die Jäger als Kandidaten bei der kommenden Reichstagswahl auszumergen und eine deutschnationalen Fraktion zustande zu bringen, die sich in der Mehrheit aus Vertretern des böhmischen Flügels, d. h. Clementen zusammensetzt, die ihre Gegnerschaft zur Erfüllungspolitik unter allen Umständen aufrechterhalten und sie nicht zum Austauschobjekt für Ministerposten machen. Der gegenwärtige Kampf in der Deutschnationalen Partei geht demnach Dergl. und nicht der Person des bisherigen Parteiführers. Das Schicksal aber bleibt — nur die Person ist gegangen worden, und wenn die Böhmischen in der Deutschnationalen Partei tatsächlich so konsequent sind, wie sie es sein wollen, dann dürfte ihnen jetzt nichts anderes übrig bleiben, als den Ausgang der Parteiführerfrage zum Anlaß eines Austritts aus der Partei zu nehmen. Nach am Freitag abend erklärte die Deutsche Zeitung: D.

„Es handelt sich nicht um die Person allein, es handelt sich um das System Dergl. und das Verhalten von Czajkowski Dergl. konnte nur so ausgelegt werden, daß die Parteileitung beabsichtigt, die jommerale und in jeder Beziehung verunglückte Erfüllungspolitik und Kompromißpolitik der letzten Monate fortzusetzen. Für eine solche Politik sind aber weder die Böhmischen noch die Vaterlandlichen in der Partei zu haben. Sollte versucht werden, sie ihnen trotzdem aufzuzwingen, dann müßten sie sich, wenn auch lächerlich, für eine andere Lösung entscheiden.“

Die Wahl des Abgeordneten Dr. Winkler zum vorläufigen Nachfolger Hergts garantiert für die Fortsetzung der „verunglückten Erfüllungspolitik“ und Kompromißpolitik. Wir sind nun gespannt auf die „andere Lösung“. Sie wird voraussichtlich darin bestehen, daß sich die böhmischen Deutschnationalen „schweren Herzens“ mit der englischen getroffenen Entscheidung abfinden, um in Zukunft ebenfalls „jammervolle Kompromißpolitik“ zu treiben. Das ist ihr „Wille“.

Fideles von der Partei der Krisenmacher

Die Partei der Krisenmacher meldet in ihrer Woche: Die Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei beherrschte völlig die Uebereinstimmung. Die Deutsche Volkspartei wird den Wahlkampf selbständig führen, ohne Anrechnung nach rechts oder links. Die Deutsche Volkspartei wird ihre bisherige Politik der inneren Konsolidierung und weiteren Fortsetzung.

Von einer „bisherigen Politik der inneren Konsolidierung“ zu reden, ist der Gipfel der Komik. Die Partei der Krisenmacher will fortfahren, den Weg für den Eintritt der Deutschnationalen zu ebnen. Sie vertritt nur die Quasipolitik: die Niederlage der Deutschnationalen bei den kommenden Wahlen.

Verfolgungen der Parteikommunisten

Nach Erlassung der Immunität hat die Verfolgung der wegen Hochverrats und andern angelegten bisherigen kommunistischen Abgeordneten eingeleitet. In Berlin ist Dr. Klein verhaftet worden, in Bremen Espersen, in Stuttgart Maslowski. Auf fast alle andern bekannten Kommunistenführer wird Jagd gemacht. Nebenbei werden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die bürgerliche Presse behauptet:

„Die meisten der kommunistischen Abgeordneten befinden sich noch in Berlin. Man hat schmeichelt, daß einige der Abgeordneten sich in der Handelsschiffahrt der Sowjetverwertung aufhalten, die bekanntlich wegen ihrer Exterritorialität nicht von der Polizei durchsucht werden darf.“

Die Zerrüttung in der R. P. D.

Der Sozialdemokratische Reichstagsdienst meldet: Mit der kommunistischen Partei ist es über bestellt. Wägen zerrützt und in den Augen der Wähler entwürdigend tritt sie in den Wahlkampf. Das Zentralorgan, die Rote Fahne, sucht diesen Zustand zwar zu bestreiten, aber es gibt innerhalb der kommunistischen Partei auch Leute, die weniger von der Politik, desto mehr aber von der Zerrüttung der Parteizentralen berichten und deshalb über politische Dinge schreiben, wo sie im eigenen Interesse die Rote Fahne warnen sollen. So berichtet z. B. der Stämpfer in

Chemnitz, daß der dort führende Kommunist Rosenfeld auf einer Parteifunktionärskonferenz bei der Besprechung der Wahlausichten erklärte:

„Unsere Aufgaben, die wir im Reichstag zu erfüllen haben, können wir auch mit 20 oder 30 Mann erledigen.“

Diese Äußerung ist das Eingeständnis dafür, daß sich die Kommunisten auch ihrer Wahlkämpfe bewußt sind und selbst nicht mehr als 20 oder 30 Mandate erwarten. Einen Trost hierfür suchen sie darin, daß auch diese 20 bis 30 Mann in genügendem Maße ein von Moskau befohlenes Kadoulonzeri bewerkstelligen können. Damit wird wieder angegeben, daß die Kommunisten im Reichstag nicht die Aufgabe haben, positiv für die werktätige Bevölkerung zu arbeiten, sondern zu spekulieren. Dieses Vergütigen können sie auch außerhalb des Reichstages haben, und deshalb ist das kommunistische Eingeständnis nichts anderes als eine Festlegung für die „Nebenflüssigkeit“ kommunistischer Abgeordneten im Reichstag und allen andern Parlamenten.

Liberaler Helfer der Konservativen

S. London, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.) Der englische Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Die Feindschaften äußern sich in sehr zahlreichen Störungen der Wahlversammlungen. Am Mittwoch, 23. Oktober, wird bereits gewählt.

Die Liberalen wissen, daß die schwerste Niederlage erlitten werden. Sie haben sich den Konservativen verschrieben und fühlen sich ganz als ihr Anhängel. Lord George erklärte in einer Wahlversammlung, daß nach den Wahlen mit Sicherheit die konservative Partei ans Ruder komme. Die Liberalen würden jedenfalls die Konservativen unterstützen. Auf eine Frage, wie sich die Liberalen weiterhin zu einer konservativen Regierung verhalten würden, antwortete Lord George: Wir werden nie einen guten Vorschlag der konservativen Regierung die Zustimmung verweigern, wie weit sie eine Wagnahme der Konservativen ist. Das ist so gut wie Kapitulation vor den Konservativen. Jedenfalls wollen die Liberalen unter keinen Umständen die Arbeiterregierung dulden. Sie werden sie mit allen Mitteln bekämpfen und gemeinsam mit den Konservativen kämpfen.

Aus London liegen ferner folgende Meldungen vor: In zahlreichen Versammlungen im Norden und Süden Londons sowie in Glasgow und Birmingham ist es gestern zu heftigen Störungen der Versammlungen gekommen. Verschiedene kommunistische Jugendbünde haben Robert Horne, Lord Mayor, Kowalski und andre bürgerliche Kandidaten am Reden verhindert. Im Süden Londons, wo die Kommunisten besonders stark vertreten sind, erregten die Liberalen und konservativen Kandidaten die Einseitigkeit ihrer Wahlversammlungen.

Die betrogenen Gläubiger und Sparer

II. Sozialdemokratische Vorschläge

Die Sozialdemokratie, die schon im Februar dieses Jahres die größten Schäden der Dritten Steuerreformverordnung durch ganz klar und bestimmt formulierte Anträge zu beheben versucht hatte, damals aber auf den Widerstand der sozialistischen Regierung gestoßen war, nahm auch im Anschluss wieder eindeutig Stellung, indem sie folgende Richtlinien zur Annahme empfahl:

Der Anspruch aller auf Papiermark lautenden Forderungen aus Hypotheken, Obligationen, Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen, Sparkasseneinlagen, Lebensversicherungen und Pensionskassen auf Einrückung wird anerkannt. Die Aufwertung der Hypotheken wird auf 25 Prozent erhöht mit Wirkung auf 1. Juli 1922. Bei diesen 25 Prozent stehen den Gläubigern 15 Prozent (Baugewinnwert) zu, die weiteren 10 Prozent werden zur Aufwertung der öffentlichen Anleihen zunächst bis zur Höhe von 15 Prozent verwendet. Dem letzteren Zweck dient ferner eine besondere noch oben erwähnte Vermögensabgabe, die von allen Vermögensbesitzern, Pflichtigen zu tragen ist, deren Vermögen gegenüber 1919 noch mehr als 20 Prozent beträgt. Der Aufwertung sollen nur unterliegenden Forderungen bis zu 5000 M. bei denjenigen Personen, deren Jahreseinkommen 3000 M. nicht übersteigt. Die Aufwertung soll erfolgen in Form der Gewährung des normalen Zinsfußes und der verstärkten Tilgung der aufgewerteten Forderungen. Auf Verlangen der Berechtigten sollen die Forderungen in diskontierbare Schuldtitel verwandelt werden.

Diese Richtlinien beschränken sich nicht darauf, die darlehenden Gläubiger und Sparer mit allgemeinen Redensarten abzuspeisen, sondern weisen einen gangbaren praktischen Weg und suchen vor allem sofort die Quellen zu erschließen, aus denen die zur Aufwertung notwendigen Mittel geschöpft werden können, ohne die Kinderbemittelten, die selbst unter der Inflation schwer gelitten haben, zu belasten. Die Sozialdemokratie will die Volkstreu erfassen, die ihr Vermögen über die Inflationszeit ganz oder zum größten Teil gerettet oder auf Kosten der Opfer der Inflation alte Vermögen vermehrt oder neu erworbenen Kriegsanleihebesitzer mit den Hypothekengläubigern zeit und will für diesen Zweck die Summen mitzubringen, die die Hypothekenschuldner über den Satz von 15 Prozent hinaus tragen können, ohne daß allgemeine Mißbilligung und die Forderungen solcher Besitzer, die ein Jahres-

Dunkle Wolken im Orient

S. London, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.) Mit der Konzentration der britischen Mittelmeerflotte vor Asien sind die Vorbereitungen zu der Flottenemonstration gegen die Türkei wegen der englisch-türkischen Differenzen um die Grenzen bei Rostum abgeschlossen. Der Völkerbund rat, der am Mittwoch in Brüssel zusammentrat, soll diesen Streit zunächst schlichten. Die Türken haben inzwischen neue Forderungen auf Gebietsveränderungen in der Gegend von Rostum angemeldet. Durch die Flottenemonstration will die englische Regierung einen Druck auf die Türkei ausüben.

P. Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.) Die Konzentration der englischen Flotte im Ostmediterraneen erregt in Frankreich, wo man die Möglichkeit neuer Verwicklungen im nahen Orient befürchtet, starke Ängste, wenn andererseits auch nicht bekannt wird, daß England allen Grund habe, um seinen dortigen Vorkriegsstand ernstlich befestigen zu sein. So schreibt der Temps, es sei zweifellos, daß der Sturz des Königs Hussein und die Eroberung Palästas durch die Araber den großangelegten Plan der Schaffung eines arabischen Reiches unter englischer Protektion über den Haufen werfe. Andererseits habe der englisch-türkische Konflikt wegen Rostum eine Spannung zwischen London und Ankara geschaffen, daß schon ein Grenzzwischenfall oder ein Ausbruch des türkischen Nationalismus genügen könne, um das Pulver zur Explosion zu bringen.

T. Konstantinopel, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.) Die 100 von den türkischen Behörden verhafteten und zur Deportation über die Grenze bestimmten Griechen sind noch immer nicht freigelassen. Die griechische Regierung hat nunmehr, da die Projekte der griechischen Delegierten der Kommission für den Austausch griechischer und türkischer Staatsangehöriger erfolglos gewesen sind, die Hilfe des Völkerbundes angefordert.

Die norwegischen Wahlen

Christiania, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die endgültige Stimmzählung in Norwegen ist noch nicht beendet, doch läßt die Kandidatverteilung fest, und zwar erhalten die rechtsständigen Konservativen und Nationalliberalen 54 Mandate gegen 57 im vorigen Wahlkampf, die Bauernpartei 23 gegen 17, die Liberalen 33 gegen 37, die Sozialdemokraten 9 gegen 8, die Arbeiterpartei 23, die Kommunisten 6. Die 150 übrigen Mandate fallen den Sozialdemokraten zu. Als Mandatgewinner gehen die Bauernpartei und die Sozialdemokraten hervor. Der kleine Erfolg der Sozialdemokratie entspricht nicht ihrem wahren Fortschritt, da sie in zahlreichen kleinen Kreisen Stimmen bekommen hat, die in Anbetracht des Fehlens einer Reichsliste verlorengehen. Insgesamt haben die drei Arbeiterpartei mehr Stimmen erhalten als die vereinigte Rechte, aber sie kamen wegen ihrer Zerstückelung um nicht weniger als 15 Mandate zu kurz.

einkommen von mehr als 3000 Mark haben, sollen zunächst zurückgehen hinter den kleinen Anspruchsberechtigten, bei denen die Not am größten ist.

Von der Notlosigkeit der Rechtsparteien legte auch ihre Stellung gegenüber der Gemeindefinanz ab. Die augenblicklich günstige finanzielle Lage einer Anzahl Großstädte, die dank ihrer sozialen Struktur große Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und der Körperschaftsteuer erhalten und daneben ihre Einwohner mit hohen Gas-, Wasser-, Strom- und dergleichen Tarifen belasten, verführten sie zu einer Ueberlastung aller Gemeinden, auch der finanziell schlecht gestellten, auszugleichen. Zum Schutze der reichen Inflationsgewinnler wollte man die Gemeinden einer dreifachen Belastung unterwerfen: 1. durch Erhebung einer von den Gemeinden an das Reich zu zahlenden Aufwertungssteuer, 2. durch Bereitstellung der Mittel für die Aufwertung der eigenen Anleihen der Gemeinden, 3. durch Gewährung von Beiträgen zur Aufwertung der Sparkasseneinlagen. Wer hätte diese dreifache Last zu tragen? Doch nur die drei Klassen der gemeinlichen Steuerzahler. Die Sozialdemokratie vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß vor allem die Gemeinden und Kreise als Garantien der Sparkassen zur Aufwertung der Sparkasseneinlagen

heranzuziehen seien. Die Millionen kleiner Sparer würden sonst in Auswirkung der Vorschriften der Dritten Steuerreformverordnung nur auf etwa 2 Prozent ihrer Sparkasseneinlagen rechnen und diese frühestens 1932 erwarten können. In zweiter Linie sollen die Gemeinden ihre eigenen Anleihen aufwerten. Ob die Gemeinden dann noch in der Lage sein werden, eine Aufwertungssteuer ans Reich abzuführen, ist sehr unwahrscheinlich.

Im Verlaufe der Ausführenderungen wurde von den sozialdemokratischen Vertretern noch eine weitere Quelle genannt, die einen reichlichen Beitrag für Aufwertungszwecke liefern könnte, nämlich die

Aufwertungssteuer vom entschuldeten landwirtschaftlichen Grundbesitz.

Wenn die Industrie neben den Lasten, die ihr der Darlehensplan für Reparationszwecke auferlegt, noch eine Steuer von ihren Inflationsgewinnen zahlt, wenn der städtische Grundbesitz in Rücksicht auf die Hypothekenaufwertung mit einer Pauschalsteuer belegt ist, die vorwiegend den Mieter trifft, so ist